

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 5

Charlottenburg, Freitag, den 30. Januar 1914

Jahrg. 41

Sperren

Bollsperrren: Altwasser (C. Tielsch & Co.). Düsseldorf (Rhenania). Fraureuth. Flörsheim für Kapselmacher. Köppelsdorf (Philipp Koch, Hering & Sohn). Liegnitz. Kranichfeld. Martinlamig. Plankenhauer. Rehau (Beh, Scherzer & Co.). Schorndorf. Staffel. Eisenberg (W. Jäger).
Halbsperrren in Deutschland: Bonn (Mehlem). Hammenberg a. Weser. Hennigsdorf bei Berlin. Königszell. Krammenaab. Meuselwitz. Deslau (Göbel). Passau. Reichenbach. Schwabe & Co.) Schlierbach. Sörnewitz. Triptis.
Sperren in Oesterreich: Buchau (Platz & Köpfer). Gießhübl (Joh. Schuldes). Horn (H. Behringer & Co.). Krawska (L. Fiala & Sohn) Laun (B. Bertram). Lubau (Gebr. Martin). Meretik (Venier & Co., Inh. J. Koch). Prag (Malerei Scharrer & Co.).

Tuberkulose und Arbeitslosigkeit.

In der Zeitschrift „Die Hygiene“ schreibt Dr. Artur Mayer:

„Die erschreckliche Arbeitslosigkeit, unter der jetzt die weitesten Kreise unserer Arbeiterbevölkerung so schwer leiden, gibt nicht nur dem Sozialpolitiker, sondern auch dem Arzt Veranlassung zu ernstesten Betrachtungen. Besonders der Arzt, dessen Aufgabe es ist, tuberkulöse Arbeiter zu behandeln und Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose durchzuführen, kann an den Problemen, die die Arbeitslosigkeit so großer Massen bietet, nicht ohne Besorgnis vorübergehen. Denn alle Arbeit und Mühe, die von allen Organisationen zur Bekämpfung der Tuberkulose aufgewandt wird, muß an der wirtschaftlichen Not scheitern, die die an sich schon so bedrängten Verhältnisse unserer Arbeiter aufs äußerste steigert. Die Erfahrung lehrt die Statistik läßt zum Teil im Stich, weil bei uns in Deutschland die Tuberkulose leider immer noch nicht zu den ansteigenden Infektionskrankheiten gehört, daß nach jeder Krisis, wie wir sie jetzt durchmachen, die Zahl der Krankheits- und Sterbefälle an Tuberkulose erheblich zunimmt.“

Sehr viele der Arbeitslosen suchen freilich durch Krankengelder ihre Lage zu verbessern und lassen sich von ihrem Kassenarzt für „arbeitsunfähig“ erklären. Die kranken Arbeitslosen sind durchaus nicht, wie das so vielfach angenommen wird, Simulanten. Einige wenige von ihnen mögen Beschwerden heucheln, die sie nicht haben, die meisten sind aber tatsächlich abgearbeitete, vielfach unterernährte, leidende Menschen, die unter ständigen Arbeitsverhältnissen sich keine Zeit nehmen konnten, auszuspannen und jetzt, wo sie ohnedies arbeitslos sind, die Gelegenheit benutzen, ärztliche Hilfe und zugleich die Unterstützung ihrer Krankenkasse in Anspruch zu nehmen. Besonders die vielen Leichttuberkulösen, die sich mehr oder weniger mühselig durchgeschlagen haben, weil sie arbeiten mußten, suchen jetzt ihren geschwächten Körper zu stärken und durch Krankengelder über die Not ihrer Arbeitslosigkeit hinwegzukommen. Aber die spärlichen Krankengelder können ihnen niemals ihren meist höheren Arbeitslohn ersetzen. Trotz aller Stärkungsmittel und aller Arzneien verschlechtert sich ihr Zustand naturgemäß. Die kräftige Ernährung, die gerade sie so notwendig

haben, fehlt ihnen jetzt mehr als sonst, und wo Schmaltzhans Küchenmeister ist, nützt alle ärztliche Kunst nichts. Viele von ihnen sehnen sich danach, möglichst bald in eine Heilstätte aufgenommen zu werden, wo sie wenigstens für die nächste Zeit der Sorge um das tägliche Brot enthoben sind.

Auf der anderen Seite stehen die wenigen Glücklichen, die Arbeit haben. Wer jetzt, in diesen bösen Zeiten, sein Brot verdient, gibt die Arbeit nicht auf. Daher bemühen sich selbst verhältnismäßig Schwerkranken unter allen Umständen weiter, in ihrer Brotstelle zu bleiben. Sie wissen, daß sie, wenn sie erst einmal krank geschrieben sind, sobald nicht wieder Hoffnung haben, Arbeit zu finden, und geben das Letzte ihrer Gesundheit her, um weiter arbeiten zu können. Aber auch diese Kranken brechen früher oder später zusammen und werden wie ihre arbeitslosen Kameraden ein Opfer der Arbeitslosigkeit.

Naturgemäß werden die Krankenkassen auf das äußerste belastet; besonders die Krankenkassen, denen die am meisten Betroffenen angehören (wie z. B. die Bauarbeiter- und Tischlerkassen), werden bis an die Grenze des Möglichen in Anspruch genommen.

Was nützen alle Millionen, die für die Bekämpfung der Tuberkulose ausgegeben werden?! Ein paar Monate so schwerer Arbeitslosigkeit, wie wir sie jetzt haben, macht beinahe alles illusorisch und vermehrt die Zahl der hilfebedürftigen Schwindsüchtigen ins Ungeheure.

Leider wird aber auch unter günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen gerade von denjenigen Kreisen, deren Aufgabe die Bekämpfung der Lungentuberkulose ist, nicht alles vermieden, was die Arbeitslosigkeit mit ihren schweren gesundheitlichen Nachteilen verhindern könnte. Gerade den Landesversicherungsanstalten, die mit ihren reichen Mitteln bemüht sind, frühzeitige Invalidisierung durch die Errichtung von kostspieligen Heilstätten zu verhindern, kann hier ein Vorwurf nicht erspart bleiben. Betrachten wir einmal den Leidensweg eines Lungenkranken, der in eine Heilstätte aufgenommen zu werden wünscht.

Der Kranke reicht das Attest seines Kassenarztes bei der Verwaltung der Landesversicherungsanstalt ein und erhält die Mitteilung, daß er weiteres zu hören bekommen würde. Aber er hört zunächst nichts. Erst nach zwei oder drei Monaten wird er zur Untersuchung zum Vertrauensarzt der Landesversicherungsanstalt bestellt, der ihm wieder mitteilt, daß er weiteres hören wird. Aber er hört auch jetzt zunächst nichts. Erst nach weiteren Wochen bekommt er seine Einberufung in eine Heilstätte oder (zur weiteren Untersuchung) zur Beobachtung in eine Beobachtungsstation. Falls er dahin kommt, wird er zwei oder drei Wochen beobachtet und wird dann (wieder erst nach einiger Zeit) in eine Heilstätte geschickt oder zur weiteren ambulatorischen Behandlung in dieser „Beobachtungsstation“ befohlen oder — was in den meisten Fällen geschieht — mit dem Bescheid entlassen, daß er weiteres schriftlich erfahren werde. Und dann kommt wieder nach einigen Wochen die Mitteilung der Landesversicherungsanstalt, daß sie die Uebernahme des Heilverfahrens, das in ihr freies Ermessen gestellt ist, ablehnt. In den meisten Fällen hat der Patient von dem Augenblick an, wo er sein Attest und seinen Antrag einreicht, seine Arbeit aufgegeben, teils, weil er wirklich arbeitsunfähig teils, weil es ihm in Erwartung seiner baldigen Aufnahme in eine Heilstätte nicht lohnt, weitere Arbeit zu suchen. So kommt es, daß der Kranke, bis sich sein Schicksal entscheidet, drei oder vier Monate arbeitsunfähig gewesen ist, ein Zustand,

der vielleicht immer noch erträglich sein könnte, wenn eine so lange Verdienstlosigkeit mit einem mehrmonatigen Heilstättenaufenthalt belohnt würde. Aber wie, wenn der Patient nach Monaten hören muß, daß er nicht in eine Heilstätte aufgenommen wird? Dann hat er viele Wochen ohne Arbeitsverdienst in einer Hoffnung gelebt, die nicht erfüllt wird.

Es kann nicht bestritten werden, daß die Heilstättenverwaltungen das größte Interesse an der Auslese ihrer Patienten haben müssen, und daß es sehr nützlich ist, wenn die Heilstättenanwärter vor ihrer Aufnahme von einem geschulten Spezialisten nach bestimmten Gesichtspunkten untersucht werden. Aber es muß gefordert werden, daß diese Untersuchung nicht erst Monate, nachdem der Antrag gestellt ist, sondern möglichst bald stattfindet. Dann wissen die Kranken wenigstens, woran sie sind und können sich danach wirtschaftlich einrichten. Eine Beschränkung in der Aufnahme wird ja immer stattfinden müssen, aber das jetzige System ist unsozial und trägt in erheblichem Maße dazu bei, die Arbeitslosigkeit zu vergrößern. Die wenigen Glücklichen, die genügend Invalidenmarken geklebt haben, und deren Lungenbefund den allerdings recht oft willkürlichen Bedingungen der Vertrauensärzte entspricht, und die nun endlich nach monatelangem Warten in eine Heilstätte kommen, sind zwar vorläufig wirtschaftlich gesichert. Aber sobald sie wieder aus der Heilstätte (nach etwa drei Monaten) entlassen werden, sind sie wieder arbeitslos und finden nur in den seltensten Fällen bald oder in absehbarer Zeit eine geeignete Arbeit. Was nützt die schönste Statistik, mit der die Heilstätten aufwarten, nach der ein verhältnismäßig großer Prozentsatz ihrer Insassen „arbeitsfähig“ entlassen worden ist, wenn die immerhin nach wie vor gefährdeten und schwächlichen „Arbeitsfähigen“ arbeitslos sind und auf Wochen hinaus keine Arbeit finden?!

Nach einer vorläufigen Statistik spielt unter den Ursachen der Arbeitslosigkeit bei einer nicht unerheblichen Anzahl unserer Arbeiter das Heilverfahren in einer Lungenheilstätte eine nicht zu unterschätzende Rolle. Da durchschnittlich jeder Heilstättenanwärter drei Monate auf seine Aufnahme in eine Heilstätte warten muß und fast immer während dieser Zeit arbeitsunfähig und damit arbeitslos ist und doch nach seiner Entlassung aus der Heilstätte noch etwa zwei Monate arbeitslos bleibt, so muß er seinen Heilstättenaufenthalt mit einer fünf- bis sechsmonatigen Arbeitslosigkeit erkaufen; ganz abgesehen davon, daß sein wirtschaftliches Budget auch während seines Heilstättenaufenthalts, vor allem, wenn er verheiratet ist und womöglich noch mehrere Kinder hat, außerordentlich reduziert ist. Er bekommt zwar sehr häufig von seiner gewerkschaftlichen Organisation Arbeitslosigkeitsunterstützung und von seiner Krankenkasse Krankengelder — aber das alles reicht doch nicht einigermaßen aus, um das Minus zu decken. Ganz besonders dann nicht, wenn die Kranken aus der Heilstätte mit dem Attest „arbeitsfähig“ entlassen werden und infolgedessen von der Krankenkasse nicht mehr für unterstützungsbedürftig angesehen werden.

Eine so lange Arbeitslosigkeit mit allen ihren schweren wirtschaftlichen Folgen könnte vielleicht immer noch in Kauf genommen werden, wenn es für den Heilstättenanwärter kein anderes Mittel der Genesung oder einer wesentlichen Besserung gäbe als die Heilstätte. Dem ist aber keinesfalls so. Trotz aller großen Verdienste, die sich die Heilstätten erworben haben, trotz aller Erfolge, die sie scheinbar und tatsächlich aufzuweisen haben, bestehen doch ernsthafte Bedenken, ob die Wege, die jetzt von den Volksheilstätten eingeschlagen werden, zu dem erstrebten großen Ziele führen. Die Einwände, die gegen das bisherige System erhoben werden, sind mannigfache, auf die aber hier in diesem Zusammenhange nicht eingegangen werden kann. Eins der Bedenken und nicht das letzte ist eben, daß in den meisten Fällen ein Heilstättenverfahren nur durch eine lange Arbeitslosigkeit erkaufte wird und daß ein großer Teil der wirtschaftlichen Güter, die vielleicht durch ein Heilstättenverfahren werden gerettet, auf der anderen Seite durch die Arbeitslosigkeit verloren gehen. Dieses Bedenken ist um so lebhafter, als durch die historische Erfahrung der Tuberkulosebekämpfung die Heilstättenbehandlung so sehr in den Vordergrund gerückt ist, daß für andere Maßnahmen ungenügend wenig Raum, Interesse und Kapital übrig geblieben ist. Das ist besonders bei den Wohnungsfrage zu bemerken, das sich mit erheblich geringeren Mitteln und vor allem ohne den Preis der Arbeitslosigkeit in vielen Fällen der Lösung näher bringen ließe, wenn nur ein Teil der Mittel in seine Dienste gestellt wäre, die jetzt in so reichem Maße ganz einseitig der Heilstättenbegeisterung zugute kommen.“

Ein für Akkordarbeiter wichtiges Urteil

dem sich in zweiter Instanz das Landgericht anschloß, ein Thüringer Amtsgericht. Der Tatbestand ist folgender: Ein in einer Thüringer Porzellanfabrik im Akkordlohn beschäftigter Maler erhielt einen Posten Arbeit (50 $\frac{1}{2}$ Duzend Tassen zur Bemalung), mit der er nur 1,60 Mark pro Tag verdienen konnte, während sein Durchschnittsverdienst 2,00 Mark betrug. Nachdem er in 5 $\frac{1}{2}$ Tagen die Hälfte der Arbeit fertiggestellt hatte, weigerte er sich, die andere Hälfte Angriff zu nehmen, da er, wie gesagt, damit nur knapp ein Drittel seines Durchschnittsverdienstes erzielen konnte. Beginn der ersten Hälfte der übertragenen Arbeit erließ der betreffende Maler dem Obermaler, daß er die Arbeit zwar ausprobieren, wenn er aber dabei nicht auf seinen Durchschnittsverdienst komme, sie nicht weiter machen wolle. Zu dem hatten schon eine Reihe andere Maler die Anfertigung von 50 $\frac{1}{2}$ Duzend Tassen verweigert. Nachdem der betreffende Maler die Fortsetzung der ihm übertragenen Arbeit abgelehnt hatte, verlangte er andere Arbeit vom Witinhaber der Fabrik. Letzterer verweigerte ihm diese und verwies ihn auf die übertragene. Der Maler stellte sich hierauf der Firma noch 14 Tage zur Verfügung, ohne zu arbeiten. Als ihm die Firma nach Ablauf dieser Frist keine andere Arbeit gegeben hatte, verließ er die Fabrik.

Der geschädigte Maler verklagte dann die Firma in dem mangelnden eines Gewerbegerichts beim zuständigen Amtsgericht auf Zahlung von 58,26 Mark Lohnentziehung für 2 Wochen. Bei der Gerichtsverhandlung sagte ein Sachverständiger aus, daß es in der Porzellanfabrikation stets gemein üblich sei, daß einem einzelnen gegen Stücklohn arbeitenden Porzellanmaler nicht für eine Reihe von Tagen eine Arbeit übertragen werde, deren Verdienst bei seinem durchschnittlichen Stücklohn ganz erheblich zurückbleibe, sondern daß eine solche Arbeit unter eine Anzahl von Arbeitern verteilt werde, damit jeder nur kurze Zeit auf sie zu verwenden brauche. Es sei in diesen Fabriken stets allgemein üblich gewesen, daß die gegen Stücklohn beschäftigten Arbeiter solche Arbeit erhielten, die ihnen ermöglichte, den durchschnittlichen Wochenstücklohn wenigstens annähernd zu erreichen.

Die beklagte Firma beantragte, die Klage abzuweisen. Der Kläger habe keinen Anspruch auf Mindestlohn, er habe nur Anspruch auf ausreichende Beschäftigung, d. h. daß er genügend Material erhalte.

Das Gericht aber verurteilte die Firma zur Zahlung von Lohnentziehung für 2 Wochen. Das Gericht war der Ansicht, daß der § 124 Ziffer 4 der Gewerbeordnung eine solche Bestimmung sei, die bezweckt, den Arbeiter gegen Willkür und Ausnutzung von Seiten des Arbeitgebers zu schützen. Das Gericht wolle auch verhindern, daß ein Arbeitgeber einen Arbeiter in Stücklohn arbeitet, durch Ausgabe solchen Materials bei dessen Bearbeitung nur wenig zu verdienen ist, während er längere Zeit auf einen im Verhältnis zum bisherigen Durchschnittsverdienst des Arbeiters überaus geringen Verdienst setzt. Unter „ausreichender“ Beschäftigung sei eine solche Beschäftigung zu verstehen, die dem Arbeiter ein Existenzminimum gewährt. Ein solches stellt aber der tägliche Verdienst von 1,60 Mk. gegenüber dem sonstigen Durchschnittsverdienst dar, zumal der Kläger verheiratet sei und Kinder habe. Der Arbeiter hätte während einer Dauer von 2 Wochen, die für die Bearbeitung der 50 $\frac{1}{2}$ Duzend Tassen in Anspruch genommen hätte, mit knapp ein Drittel seines Durchschnittsverdienstes nicht auskommen können. Die Firma hätte die Arbeit auf eine Anzahl Maler verteilen können, so daß keiner einen erheblichen Lohnausfall erlitten hätte. Nicht üblich sei es späterer Ausgleich durch Uebertragung besonders gut lohnender Arbeit. Der Umstand, daß der Kläger noch 14 Tage auf der Arbeitsstätte weilte und sich der Firma zur Verfügung stellte, sei ohne Bedeutung.

Die verurteilte Firma legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Das Landgericht wies diese jedoch kostenpflichtig zurück. Es schloß sich der Ansicht der Vorinstanz betreffs Auslegung des § 124 Ziffer 4 der Gewerbeordnung an und betonte, daß der § 628 des bürgerlichen Gesetzbuches dem Kläger Anspruch auf Schadenersatz gewähre. Hinreichende Arbeit bei einem Stücklohnarbeiter sei allerdings gegeben, wenn er vorübergehend einmal weniger lohnende Arbeit, dann wieder mehr lohnende erhält. Eine fast zweiwöchentliche Arbeit, die sich erheblich hinter dem Durchschnittslohne zurückbleibt, sei jedoch nicht vorübergehend. Der Arbeiter müsse damit rechnen können, auf die Zeit einer Woche wenigstens einen angemessenen

ndestlohn erhalten zu dürfen; für längere Zeit könne er sparen. Bleibt sich in dieser Zeit der geringere und ere Arbeitslohn so aus, daß ihm eine Existenzmöglichkeit ei bleibt, so verlege der Arbeitgeber nicht die Vorschrift § 124 Ziffer 4 der Gewerbeordnung.

Ein entgegengesetzter Arbeitsbrauch bestünde nicht. Er re auch unerheblich, da er gegen das Gesetz und gegen eu und Glauben verstoße. Die Verkehrsittte allein genüge

Die Gerichtsentscheidung zerstört die Illusion manchen ernehmers, daß er dem Gesetz Genüge getan habe, wenn einem Akkordarbeiter ausreichende Beschäftigung gebe, auch m letzterer wenig oder gar nichts damit verdient. Gerade der Porzellanmalerei kommt es vor, daß Maler bei dem miniert ausgeklügelten System des Farbe- und Goldtaufens manche Artikel nicht nur nichts für ihre Arbeit erhalten, dern noch darauf zahlen müssen. Der Akkordarbeiter kann diesem Urteil beanspruchen, daß sich schlecht- und besser- achte Arbeit innerhalb einer Woche oder einer Lohnzahlungs- ode soweit ausgleichen, daß er am Lohnstage wenigstens näherud einen seinem Durchschnittsverdienst gleichenden Lohn allt. Auf alle Fälle kann er die Zumutung des Unter- omers oder dessen Stellvertretees, wochenlang in Artikeln, denen er erheblich unter seinem Durchschnittsverdienst bleibt, erbeiten, zurückweisen und wenn sich der Unternehmer weigert, hilfe zu schaffen, die Arbeit ohne Kündigung verlassen und Lohnentschädigung für zwei Wochen klagen.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Vom 12. bis 14. Januar fand eine Konferenz der Ver- ter der Verbandsvorstände im Berliner Gewerkschaftshause. An erster Stelle wurde über die Regelung der Unter- ung außerordentlicher Lohn- und Abwehrkämpfe im Wege Umlageverfahrens beraten und der Generalkommission die re Ausarbeitung eines bezüglichen Regulativs überlassen. Dann wurde nach eingehender Debatte beschlossen, den seit im Berliner Gewerkschaftskongreß 1896 bestehenden Gewerk- ittsausschuß zu beseitigen und die Vorstandskonferenzen zu r legalen Gewerkschaftsinstanz auszugestalten. Eine Neu- ltung des vom Stuttgarter Kongreß 1902 beschlossenen ulativs ist der Generalkommission übertragen worden. Der vorstehende Kongreß in München soll darüber Beschluß fassen.

Die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse, deren seit 1906 jährlich 3 bis 4 abgehalten wurden, sollen, nachdem nunmehr viele gewerkschaftlich tätige Kräfte teilgenommen haben, daß dem dringendsten Bedürfnis damit Genüge geleistet ist, erartig eingeschränkt werden, daß jährlich nur noch ein solcher urus stattfindet, dessen Teilnehmerzahl 50 nicht überschreiten rf. Es sind seit 1906 insgesamt 20 allgemeine Unterrichts- rse für 1274 Teilnehmer abgehalten worden, ungerechnet e Spezialkurse für Arbeitersekretäre.

An der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und apht in Leipzig 1914 werden sich die Gewerkschaften durch e Kollektivausstellung ihrer Gewerkschafts- und technischen hblätter beteiligen. Die Ausstellung weiterer Druckerzeug- ie (Jahrbücher usw.) wurde den einzelnen Gewerkschaften heimgestellt.

In Wien findet in diesem Jahre ein Internationaler ongreß für Gewerbekrankheiten statt, mit dem eine Aus- lung von Präparaten, Stoffen und Verbindungen, sowie arstellungen, die auf die Entstehung, Verhütung, klinische Be- ndlung und Heilung von Gewerbekrankheiten Bezug haben, bunden wird. Auf Einladung der Kongreßleitung wird m Gewerkschaften nahegelegt, der letzteren ihre für Aus- llungszwecke geeigneten Materialien zur Verfügung zu stellen d sich auf dem Kongreß, soweit dies ihr Berufsinteresse er- icht, vertreten zu lassen. Alle Referate für den Kongreß d vorher schriftlich einzusenden.

Eine bedeutungsvolle Neuerung beschloß die Konferenz r eine Reihe seit längerer Zeit vorliegender Grenzstreitig- iten, deren endgültige Erledigung durch Beschluß mit bin- nder Wirkung durch Schiedsgerichte herbeigeführt werden ll. Zu jedem dieser Schiedsgerichte wählen die beteiligten Verbände je 3 unparteiische Schiedsmänner, die sich einen eiteren Unparteiischen als Obmann wählen. Die beteiligten Verbände haben vor Einsetzung des Schiedsgerichts zu er- ären, ob sie sich dem Schiedspruch fügen wollen.

Unter den sonst noch erledigten Fragen ist bemerkenswert, daß den Verbandsvorständen nahegelegt wurde, dahin zu wirken, daß alle Gewerkschaftsangestellten gemäß dem Ver- einbarungsbeschluß der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen den auf den 1. Mai jedes Jahres entfallenden Gehaltsanteil an den Maifeierfonds ihres Bezirks abführen.

Verbands-Angelegenheiten

Quittung.

Für eine Weihnachtsunterstützung an die streitenden Mit- glieder gingen noch ein von Zahlstelle Berlin-Moabit 5,— Mark und Piesau 12,— Mk. = 17,— Mk. Bereits quittiert 3816,60 Mk., zusammen 3833,60 Mk. W. Herden.

An die Zahlstellenkassierer.

Dieser Nummer der „Ameise“ liegt die graue Statistit- karte für den Monat Januar bei. Die Zahlstellenkassierer werden ersucht, diese rechtzeitig auszufüllen und einzusenden. Die Karte ist von allen Zahlstellen einzu- senden, auch von denen, die Arbeitslose nicht zu verzeichnen hatten.

Die Zahlstellenkassierer werden ersucht, Ver- änderungen in der Höhe des wöchentlichen Beitrages (Höher- oder Rückversicherungen) die zu Be- ginn des laufenden Jahres eintreten oder schon eingetreten sind, der Hauptkasse sofort mitzuteilen, ganz gleich, ob es sich um Veränderungen des Verbandsbeitrages oder des Zuschuß- fassenbeitrages handelt. W. Herden.

Strafporto.

Die Zahlstellenverwaltungen, insbesondere die Zahlstellen- kassierer werden hiermit dringend ersucht, jeden Brief vor seiner Absendung auf sein Gewicht hin genau zu prüfen, um das leidige Strafporto zu vermeiden. Es ist in letzter Zeit die Regel geworden, daß die Briefe garnicht oder nicht ge- nügend frankiert werden, sodaß fast täglich Strafporto gezahlt werden muß, manche Tage sogar für vier bis fünf Briefe. Jede Zahlstelle hat doch eine Briefswage erhalten, sodaß es dem Zahlstellenkassierer ohne Mühe und Zeitverlust möglich ist, das Gewicht des Briefes sofort festzustellen und denselben dementsprechend zu frankieren.

Ein Brief mit einem Gewicht bis 20 Gramm ist mit einer 10 Pfg.- und ein solcher über 20 bis 250 Gramm mit einer 20 Pfg.-Briefmarke zu frankieren.

Um auch hierin die Zahlstellenkassierer an Ordnung zu gewöhnen, wird von jetzt ab die Annahme von Briefen, die garnicht, oder ungenügend frankiert sind, strikte verweigert werden. W. Herden.

Situationsbericht. Eisenberg. Am Stand des Streits ist eine wesentliche Aenderung nicht eingetreten. Die Polizei soll des öfteren Anlaß haben, unter den „nützlichen Elementen“ im Betriebe Umschau zu halten. In der letzten Woche mußte ein Polizeihund in der Fabrik von Jäger seinen „Dienst“ ver- richten in einem Ermittlungsverfahren. Einzelne der Arbeits- willigen verlassen auch wieder den Betrieb, wahrscheinlich weil ein Arbeitsverhältnis in solch gemischter Gesellschaft doch nicht Sache eines jeden ist. Die Betriebsverhältnisse müssen im Vergleich mit den Verhältnissen vor dem Streik ein sehr trübes Bild bieten.

Schorndorf. Ein „Ober“- und zwei „Muster“-Maler haben den Betrieb wieder verlassen. Einer von diesen hatte sich erdreistet, während der Arbeitszeit von seinem Vesperbrot ein Stück abzubeißen. Diese Freveltat wurde nach der in der Schorndorfer Porzellanfabrik geltenden „Rechts“-Ordnung mit 4,00 Mk. bestraft. Weil diese Art „Recht“ selbst einem Ar- beitswilligen über die Hutchnur ging, hat der Betroffene die Pinsel eingepackt und ist von dannen gezogen. Der Dreher Albert Fischer hat Schorndorf auch wieder den Rücken zuge- wandt. Weil in der bisher üblichen Vorschußzahlung eine Aenderung eingetreten sein soll, ist es zu lebhaften Ausein- anderetzungen zwischen der Betriebsleitung und den „nützlichen Elementen“ gekommen. Der Abgang von einigen Druckerinnen, Schmelzern zc. war der Erfolg. Der Streik läuft unverändert weiter.

Fraureuth. Die Ausständigen haben der Betriebsleitung das Angebot zu Verhandlungen gemacht; ob es zu solchen kommt, bleibt abzuwarten. Der Streit läuft zunächst unverändert weiter.

Planckenhämmer. Der Kgl. Gewerbeinspektor von Regensburg hat versucht, bei der Firma zu intervenieren, ob eine Beilegung des Streitfalles nicht zu erzielen wäre. Die Bemühungen des Herrn Gewerbeinspektors sind aber ohne Erfolg geblieben. Die Firma kann nur Leute brauchen, die widerspruchslos zu den reduzierten Löhnen zu arbeiten bereit sind. Demzufolge dauert der Streit unverändert fort.

Martinlamig. Auch hier ist eine Aenderung nicht eingetreten, der Streit dauert weiter.

Neumünster. Kaum ist hier der Betrieb wieder einigermaßen im Gange, sind schon wieder einige Kollegen wegen Kesseldefekt ohne Kündigung entlassen worden. Wir warnen alle Kollegen dringend vor Arbeitsannahme in Neumünster, da voraussichtlich der seit Jahren bestehende unsichere Zustand auch in Zukunft weiter bestehen bleibt. Wer sich vor Schaden hüten will, falle auf die Arbeitsangebote des Herrn Sommer nicht herein!

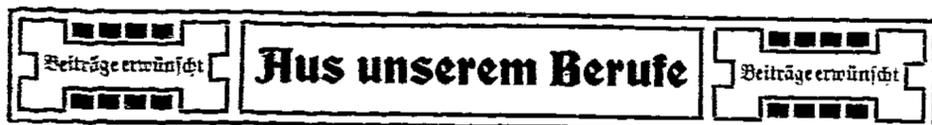
Arzberg. Die Firma Pietsch & Co., Privatmalerei, hat anlässlich der schwebenden Lohndifferenzen ihren Malern wiederholt gesagt, sie können sich nach anderen Stellungen umsehen. Wahrscheinlich rechnet die Firma damit, andere Maler zu erhalten, die bereit sind, zu den von der Firma festgesetzten Preisen zu arbeiten. Deswegen müssen wir unsere Warnung wiederholen: Arbeitsangebote nach Arzberg, Firma Pietsch, sind zu unterlassen, solange der Konflikt nicht beigelegt ist.

Kronach. Die Differenzen bei den Stanzern bei der Firma Stockhardt, Schmidt & Eckardt sind auf dem Verhandlungswege beigelegt worden.

Selb. Bei der Firma Rosenthal & Co. sind zwei Dreher aus nichtiger Ursache gekündigt worden. Die Betroffenen hatten einen Isolator abgepaust, um sich nach dem Arbeitslohn für diesen bei den Kollegen einer anderen Fabrik zu erkundigen. Darin sah die Firma sofort einen Verrat von Geschäftsgeheimnissen, (wenn in Streitzeiten ganze Aufträge anderer Fabriken angefertigt, oder an andere Fabriken vergeben werden, so ist anscheinend damit ein „Verrat von Geschäftsgeheimnissen“ nicht zu befürchten?), leitete eine große Staatsaktion in die Wege, beauftragte die Polizei mit Hausdurchsuchungen usw. Es läßt sich im Augenblick nicht übersehen, ob dieser Vorfall noch zu Weiterungen führen kann.

Oesterreich bezw. Böhmen. Die Kämpfe in Horn, Firma Wehinger, Laun, Firma Beermann, Lubau, Firma Gebr. Martin, Meretiz, Firma Benier & Co., dauern noch an, Zuzug ist streng fernzuhalten. In Prag-Lieben, Firma Fritsch & Thein, sowie Meretiz, Firma Luma, hat sich an den Verhältnissen noch nichts geändert. Zuzug ist nach wie vor fernzuhalten.

In **Wilhelmsburg** (Niederösterreich) sind die Vertragsverhandlungen noch immer nicht abgeschlossen, deswegen muß Zuzug fern gehalten werden. Joh. Schneider.



Aus unserem Berufe

Die Porzellanmanufaktur Schomburg & Söhne in Berlin hat ein befriedigendes Geschäftsergebnis zu verzeichnen. Die Fabriken in Köpplau und Margarethenhütte waren gut beschäftigt. Der Ueberschuß betrug 230915 Mk. gegen 189360 Mk. im Vorjahre, wovon eine Dividende von 12½ Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahre verteilt werden soll.

Fraureuth. Die in Crimmitschau erscheinende „Deutsch-nationale Arbeiter-Zeitung“ brachte in ihrer Nummer 3 unter Fraureuth folgende Notiz:

„Die herrliche rote Brüderlichkeit“ Es ist fast zwei Jahre her, als die Porzellanarbeiter in Fraureuth (Neuß ältere Linie) wegen Differenzen ausgesperrt wurden. Also nicht zu verwundern, daß der jetzigen Sympathiestreit, der doch nur wegen des Herrn Scheffler zusammengeknüpft ist, weil er eben nicht wieder eingestellt werden sollte. Zur Zeit der Ausverhung, da haben die Bäcker viel Brot, die Fleischer viel Fleisch und Wurst u. s. w. verabsolgt, und die Kolonialwarenhändler gar den ausgesperrten Kolonialwaren, damit sie nicht zu Darben drauchten. Und wie bedanken sich die Herren Genossen heute in Fraureuth bei den Geschäftsleuten? Sie errichten noch eine Filiale von der Zwidauer Warenvermittlung, damit ja kein Genosse so anders etwas kaufen

darf und die kleinen Geschäftsleute kaputt werden. So sieht in Fraureuth aus. Wunderbare „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.“ Hier heißt es, aber nun mal ordentlich noch national denkenden Bürger von Fraureuth aufzumuntern um den Kampf gegen die roten Sezbrüder zu führen. Der es ist Tatsache, es sind viele, die auf unsere Seite wollen, aber nicht können, weil der rote Terror sie noch niederhält. Darum fordern wir alle national denkenden Kollegen auf, geht mit uns gerechte Werk und kämpft für unsere Sache, damit auch in Fraureuth die rote Hochburg zertrümmert wird und die nationale Partei immer ihren Sieg davon trägt.“

Der Konflikt entstand, weil die Direktion eine Arbeitszeit einführte, welche die Arbeiter nicht ohne Schädigung ihrer Gesundheit einhalten konnten. Und was hat die Eröffnung einer Konsumvereins-Verkaufsstelle damit zu tun, daß einzelne Geschäftsleute vor zwei Jahren die Ausgesperrten mit Lebensmitteln unterstützten? In den letzten Jahren haben sich in der unteren Stadt die Geschäfte, die Fleisch- und Wurstwaren verkaufen, verdoppelt, weshalb soll da der Konsumverein zurückstehen? Würde die Eröffnung der Verkaufsstelle unterbleiben, so würden andere Konkurrenzgeschäfte entstehen.

Der Sinn dieses Gallimathias wird einem aber sofort verständlich, wenn man das Folgende liest: In derselben Nummer des Blattes wird aus Chemnitz geschrieben, daß am 13. Januar Sekretär Voigtländer über „Die Zerissenheit der nationalen Arbeiterbewegung“ sprach. In dem Bericht darüber heißt es wörtlich: „Die Zerissenheit muß aber aus der Welt geschafft werden, deshalb wurde der deutsch-nationale Arbeiterverband gegründet.“ Also, die braven Arbeiterorganisationszer splitterer haben den nationalen Arbeiterverband gegründet, um die Zerissenheit in der Arbeiterbewegung aus der Welt zu schaffen. In diesem Unsinn liegt Methode.

Die Fraureuther Kollegen werden sich durch das Geschreibsel der nationalen „Arbeiter-Zeitung“ nicht irre führen lassen und die auswärtigen Kollegen werden Zuzug nach Fraureuth nach wie vor fernhalten.

In **Eisenberg** hat sich die Lage scheinbar nicht verändert. Die Firma wurstelt noch so weiter wie seit langem. In der Fabrik ist der Dreher, auch Chamotte- oder Grubenarbeiter Robert Bräunlich aus Eisenberg, eingetreten. Von den Streikenden hat sich eine Marta Gröbe durch die bekannte Familie Weiß bezaubern lassen und hat uns den Rücken gekehrt. Doch auch die Arbeitswilligen verlassen den Bau. Vorige Woche haben verschiedene diesen verlassen und Abschiedsworte gebraucht, die wir hier lieber nicht bringen wollen, für die Firma aber wenig schmeichelhaft waren. Auch die Polizei hatte wieder ihre Arbeit. Einer der Streikbrecher mußte seine Wunden, welche er durch liebevolle Umarmung erhalten hatte, beim Arzt verbinden lassen. Einem dieser Arbeitswilligen sind in voriger Woche eine Menge fertiger Waren zerschlagen worden; der Täter ist noch nicht ermittelt.

Düsseldorf. Gelbe Poesie. Die Arbeitswilligen des Emaillierwerks Rhénania, die in Gemeinschaft mit der Direktion einen Sieg über ihre Arbeitsbrüder erfochten haben, gehören alle dem gelben Verein an, der auf dem Werk besteht. Sie hielten in einem Oberbiller Saale ihre Weihnachtsfeier ab. Natürlich wurde die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit kräftig gefeiert und Direktor Hertner brachte eine Rede zur Verlesung, in der das zum Ausdruck kam. Es wurde auch ein eigenes, zu diesem Zweck gedichtetes Lied gesungen, dessen Verse ebenso glänzend waren, wie die Rede des Direktors. Wir führen von den 13 Versen zwei an: „Weil in dem Düsseldorfer Werk — Rohware wird zu teuer, — So müssen wir zu diesem Zweck, — Was selbst uns nicht geheuer, — Uns wenden an eine Schleierstadt, — Die davon billigen Vorrat hat. — Es ist die Silesiatante — Im schönen Schleierlande.“ — Wirklich eine Perle gelber Dichtkunst! Aber auch der Schlußvers ist schön: „Zum Schluß hebt die Gläser hoch — Und laßt uns amüsieren. — Es lebe die Rhénania — Es leb' das Emaillieren. — Wir wünschen, daß noch lange Zeit — Die Firma blühet und gedeiht — Und daß ein steter Frieden — In Zukunft bleibt beschieden.“ — Wir sind von dem Lied so begeistert, daß wir die 13 Verse um einen vermehrt haben. Wir hoffen, daß er das nächste Jahr mitgesungen wird: Drum laßt uns schuften allezeit, — Dem Herrn die Hand auch lecken. — Wir leben in Genügsamkeit, bis daß wir einst ver Das letzte Wort sei ein Hurra — Für unsere Rhénania. — Wir wählen bis ans Ende — Für hohe Dividende.

Kornberg. Einen schlechten Berater in Angelegenheiten der Fabrikation von Spülwaren scheint die hiesige Steingutfabrik in ihrem Betriebsassistenten gefunden zu haben. Dieser

man fühlt sich so erhaben und unfehlbar in seinem Fach, daß man meinen könnte, einen Herrgott vor sich zu haben. Wenn man aber genauer hinsieht, muß man zu der Ansicht kommen, daß dieser tüchtige Beamte vielleicht weniger versteht, wie mancher Kollege, welcher erst kurze Zeit in diesem Fach beschäftigt ist. Am allermeisten bringt dieser Herr seine Wichtigkeit ans Tageslicht, wenn er Bruch nachsieht.

Obwohl schon darauf hingewiesen worden ist, daß nur völlig fehlerfreie Ware abgenommen wird, will dieser Herr doch imstande sein, den Kollegen weiß zu machen, daß, wenn die Stücke defekt aus dem Ofen kommen, dies einfach Arbeitsfehler sind. Daß das aber in den meisten Fällen nicht der Fall ist, wurde diesem Herrn schon zur Genüge bezeugt. Er aber mit seiner Fachkenntnis will nichts davon wissen. Auch wurden schon Anordnungen von diesem Herrn getroffen, welche sich als ganz verkehrt gezeigt haben.

Vielleicht genügen diese Zeilen, um diesem Manne klar zu legen, daß Leute, welche schon 20 bis 30 Jahre in diesem Fach beschäftigt sind, auch etwas davon verstehen und sich nicht von einem Besserwisser alles gefallen lassen.

Seib. Eine recht sonderbare Behandlungsweise lassen die der Dreherei der Firma Hutchenreuther, Abteilung A., tätigen Oberdreher, einschließlich des Betriebsleiters Böhm den dort beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen angedeihen. Das in der jüngst vergangenen Zeit Geschehene dürfte so ziemlich alles bisher Geschilderte übertreffen. Ein in der Dreherei beschäftigter Hilfsarbeiter hatte das Unglück, daß ihm eine Form von einem Brett fiel, als er diese auf dem Dampfbohrer trocknen wollte. Daß den jungen Mann keine Böswilligkeit dazu leiten ließ und ihn keine Schuld trifft, sei gleich von vornherein festgestellt. Wegen dieser Kleinigkeit erhielt er von dem Oberdreher Wunderlich derartige Ohrfeigen, daß er nicht nur eine Strecke geschleudert wurde, sondern daß auch gleichzeitig ein heftiges Bluten der Nase eintrat. Noch nach einigen Tagen legte das blaue Auge Zeugnis von dem heftigen Schlag des Oberdrehers ab, was auch gleichzeitig ärztliche Behandlung forderte, da der Mißhandelte über Schmerzen im Ohre klagte. Als der junge Mann am darauffolgenden Tag trotzdem zur Arbeit ging, wurde er von dem schlagfertigen Oberdreher in das Oberdreherstübchen beordert, wo der Betriebsleiter Böhm gegen war. Der tags zuvor Geprügelte hatte jedoch ein Stück angefangen, das er vorher fertigstellen mußte. Dies bewerte dem Ober sowie dem Betriebsleiter Böhm zu lange. Deshalb die beiden an den Arbeitsplatz des Arbeiters kamen. Hier zeigte Herr Böhm, daß er seinem Freund ebenbürtig zur Seite gestellt zu werden verdient, da er gleichfalls auf den unglücklichen wehrlosen Menschen einschlug. Wir werfen nun die Frage auf: Wer gibt diesen Herren das Recht, sich an fremden Kindern zu vergreifen? Eigentümlich berührt es, daß die Dentdarmmerie, der dieser Vorfall zur Anzeige gebracht wurde, den Angaben des Arbeiters keinen Glauben schenken wollte, trotzdem die Spuren der Mißhandlung deutlich zu ersehen waren. Bei dieser Gelegenheit sei mit erwähnt, daß sich Herr Böhm auch Ausdrücke bedient, die wenig dazu angetan sind, ihn als gebildeten Mann erscheinen zu lassen. Dies kommt hauptsächlich bei den Arbeiterinnen vor. Daß das Prüegeln in dieser Abteilung an der Tagesordnung ist, das gab auch er, erst seit kurzer Zeit seines Amtes waltende Oberdreher Schmidt an einem Lehrlingen zu erkennen. Unwillkürlich fragt man hier: Wie ist es möglich, daß sich diese Herren so etwas erdreisten dürfen, ohne von der Direktion darüber zur Rede gestellt zu werden? Oder erhalten die Prügelhelden für ihre Roheiten Extravergütungen?

Aus anderen Verbänden

Internationale Zimmererkonferenz. Am 15. und 16. Dezember 1913 tagte in Hamburg die dritte internationale Konferenz der Zimmerer. Nach einem Bericht über den Stand der internationalen Zimmererbewegung und über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Ländern befaßte sich die Konferenz mit der Einführung eines internationalen Mitgliedsbuches, ohne jedoch einen bestimmten Entschluß zu fassen. Vom 1. Januar 1914 ab soll von jeder Organisation ein Beitrag von einem Pfennig für jedes Mitglied alljährlich erhoben werden. Einen breiten Raum nahm bei den Verhandlungen die Erörterung der Frage: „Berufsverband oder einheitlicher Bauarbeiterverband?“ ein. Die Konferenz stand, ohne daß es zu einem bestimmten Beschlusse kam, im allgemeinen auf dem Standpunkt, daß sich die Zimmerer für sich selbst organisieren

sollen und daß daher auch ein Anschluß an die Bauarbeiter internationale nicht angängig sei, sondern daß die internationale Verbindung der Zimmerer für sich weiterbestehen müsse.

Technisch-industrielle Beamte. Am 20. und 21. Dezember 1913 fand in Berlin der 11. Bundestag des Bundes der technisch-industriellen Beamten statt. Er forderte gegenüber den Bestrebungen auf Verschärfung des Arbeitswilligenschutzes und gegenüber dem Terrorismus der Unternehmer gegen Angestellte, der mit vielen Beispielen bewiesen wurde, den Ausbau des Koalitionsrechts. Eine weitere Entschließung wandte sich gegen den Hansabund und betonte, die Mitgliedschaft im Hansabunde vertrage sich nicht mit den Arbeitnehmerinteressen der Angestellten. Ferner stellte der Bundestag die Reichsarbeitslosenversicherung für Arbeiter und Angestellte als Ziel auf, erachte aber vorerst die gemeindlichen Unterstützungskassen nach dem Genter System, nach Straßburger Weise verbessert, als brauchbare Abhilfemaßnahmen. Der Rest des Bundestages war mit inneren Fragen ausfüllt.

Die österreichische Buchdruckeraussperrung dauert noch an. Die Vermittlungsversuche der Gewerbeaufsicht sowie des reichsdeutschen Tarifamts sind bisher ergebnislos verlaufen. Seit dem 27. Dezember 1913 stehen etwa 10000 Gehilfen im Kampfe. 230 Betriebe hatten bis zum 1. Januar für ihre 2800 Gehilfen und 500 Hilfsarbeiter die Arbeiterforderungen bewilligt. Die Versuche der Arbeitgeber, Streikbrecher aus dem Auslande heranzuziehen, sind bisher fast ganz erfolglos geblieben.

Vermischtes

Generalstreik in Südafrika. Infolge des rigorosen Vorgehens der Regierung beim Eisenbahnerstreik war in Südafrika ein Generalstreik ausgebrochen an dem sich außer den weißen auch farbige Arbeiter beteiligten. Die Regierung hat über Transvaal den Belagerungszustand verhängt. Es kam bereits zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und der bewaffneten Macht. Der Regierung gelang es durch rücksichtslose Brutalität den Generalstreik zu unterdrücken.

Die Kapitalmacht der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften in 14 Ländern, über welche dem Internationalen Gewerkschaftsbund diesbezügliche Berichte vorliegen, besaßen Ende 1912 ein Vermögen von über 240 Millionen Mark. (Einschließlich der nicht berichtenden Länder (Amerika, Australien, Frankreich usw.) dürften die Gewerkschaften zurzeit rund 400 Millionen Mark Vermögen besitzen, wovon die Hälfte auf England und Deutschland entfällt. Wie diese Kapitalmacht zu wirken vermag, haben die Banken einiger Länder besonders in der letzten Zeit erfahren. Die deutschen Gewerkschaften verlangten von der Deutschen Bank, mit der sie in Geschäftsverbindung stehen, Anerkennung des Koalitionsrechtes der Angestellten, weil dieselbe einen Vertrauensmann der jungen Bankbeamtenorganisation gemäßigelt hatte. Da die Bank von dieser Forderung nichts wissen wollte, haben die Gewerkschaften die bei derselben deponierten Kapitalien — es soll sich um über 20 Millionen Mark, also ein Viertel des Gesamtvermögens der freien Gewerkschaften, handeln — zum Teil gekündigt. Sie werden dieselben nun in noch größerem Maße der Genossenschaftsbank und, soweit erforderlich, solchen Privatbanken überweisen, welche das Koalitionsrecht ihrer Angestellten unterschriftlich anerkennen. Eine Reihe angesehener Großbanken hat sich dazu bereit erklärt. Der ganze Vorfall hat in der bürgerlichen Presse ungeheures Aufsehen erregt. — In Indianapolis (Vereinigte Staaten), wo mehrere amerikanische Verbände ihren Zentralsitz haben, zogen die Gewerkschaften über 1 Million Dollar aus den örtlichen Banken, um sie an anderen Orten zu deponieren, weil die Stellungnahme der Geschäftswelt gegenüber den Gewerkschaften anlässlich der letzten wirtschaftlichen Kämpfe immer brutaler geworden war. Dieses Vorkommnis dürfte der Anregung, eine eigene Bank für die amerikanischen Gewerkschaften zu schaffen, neuen Agitationsstoff geben. — Die australischen Gewerkschaften beschlossen, alle Gelder aus den Privatbanken zurückzuziehen und in die Bank der Bundesregierung einzuzahlen, weil die Privatbanken bei wirtschaftlichen Kämpfen die betreffenden Unternehmer stets über die Finanzkraft der Gewerkschaften informierten.

Städtische Arbeitslosenunterstützung in Frankfurt a. M. Nach Berichten der Tagespresse ist in Frankfurt am Main die städtische Arbeitslosenunterstützung eingeführt worden. Als Voraussetzung für die Gewährung einer Unterstützung wird

gefordert, daß der Arbeitslose seit mindestens einem Jahr ununterbrochen in Frankfurt a. M. wohne und hier nicht nur vorübergehend als Arbeitnehmer tätig war. Ferner muß der Arbeitslose einem Gewerbe angehören, auf Grund dessen ihm die Berrichtung städtischer Notstandsarbeiten nicht zugemutet werden kann. Die tägliche Unterstützung beträgt für Unverheiratete 70 Pf., für Verheiratete 1 Mk. Für letztere kann die Unterstützung für jedes unverförgte Kind bis 16 Jahre um 15 Pf. bis zum Gesamtbetrage von 1,60 Mk. erhöht werden.

Kinokultur. Der „Vorwärts“ schreibt: Die Kunde durch die Kinotheater macht jetzt ein Film („Bruder und Schwester“), in dem streikende Arbeiter wie räuberische Apachen dargestellt werden. Der Chef nimmt aus Furcht vor den streikenden Arbeitern sein Geld mit nach Hause in seine Villa. Arbeiter haben dies beobachtet. Sie rufen den Chef telphonisch von Hause fort und brechen inzwischen in die Villa ein. Sie haufen wie die Bandalen. Mehrere Türen werden gewaltsam eingeschlagen. Wenig fehlt und es wird an der Frau des Fabrikanten gar noch ein Mord begangen. Also echte Apachen. — Von der Not ausgesperrter Arbeiter natürlich nichts. Das Publikum, größtenteils dem Arbeiterstande angehörig, läßt sich das ruhig bieten, als wenn das ganz so in der Ordnung wäre. Das Blut steigt einem in den Kopf wenn man diese Gemeinheit sieht. Der Zorn sollte jeden anständigen Menschen packen wenn er sieht, wie Leute, die auf gesetzlichem Wege ihr trauriges Dasein um ein Geringes verbessern wollen, von diesem Kino „dichter“ in so unerhörter Weise verhöhnt und beleidigt werden, indem man sie als Banditen darstellt.

Dürfen Beiträge zu einem gelben Verein vom Lohn abgezogen werden? In einer Webstuhlfabrik in Chemnitz mußten Arbeiter bei ihrem Antritt einen Revers unterschreiben, in dem sie erklärten, daß sie keiner freien Gewerkschaft angehören, daß sie der gelben Kasse beitreten und daß sie damit einverstanden sind, daß ihnen die Beiträge dafür vom Lohn abgezogen werden. Ein Arbeiter der den Revers unterschrieben hatte, klagte nach seinem Austritt aus der Beschäftigung auf Herauszahlung der abgezogenen Beiträge und erzielte beim Gewerbegericht in Chemnitz ein obfiegendes Urteil. Das Gewerbegericht erklärte die Unterschrift des Reverses für ungültig, weil sie durch die widerrechtliche Drohung nicht eingestellt zu werden, veranlaßt worden sei. Der Abzug der Beiträge verstoße gegen die §§ 134 und 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches und auch, da der Kläger weniger als 1500 Mk. Jahresverdienst hatte, gegen das Lohnbeschlagnahmengesetz.

Chile. Der argentinische Gewerkschaftsbund hat vor einiger Zeit seine befähigsten Organisationen nach Chile gesandt, um die Bewegung des Landes zu fördern. Auch ihre Berichte beweisen ein ständiges Wachsen der Gewerkschaftsbewegung. In Santioga wurde kürzlich die Gewerkschaftszeitung „El Productor“ gegründet, deren Leserkreis beständig zunimmt. Im äußersten Süden hat die Gewerkschaftsbewegung im Bereich der Magellan Straße durch den Magellan Gewerkschaftsbund greifbare Folgen angenommen. Diese Föderation gibt in Punta Arenas ein vorzügliches Blatt heraus „El Trabajo“ (Arbeit). In der gleichen Stadt wird noch ein anderes Blatt „Adelante“ (Vorwärts) herausgegeben. Auch die Maccaronie- und Spaghettiarbeiter geben in Santiago ein Blatt heraus „Dorero Fideero“, das aber nicht nur den Interessen ihres Berufes, sondern auch der allgemeinen Propaganda dient.

Genossenschaftliches. In Northamptonshire (England) kaufte eine Konsumgenossenschaft ein ganzes Dorf für rund 840000 Mk., um dort Eigenproduktion in größerem Stile zu betreiben. Da das Gelände dort Eisenerze birgt, werden zur Gewinnung derselben besondere Anlagen errichtet werden.

— Das Gewerkschaftskartell in Sidney, Vittoria, beschloß, die Bildung einer Konsum- und Produktivgenossenschaft für den ganzen Staat nach Kräften zu fördern. Das Statut sieht u. a. vor, daß Mitglieder, die nicht mindestens die Hälfte ihres Bedarfs an Waren, soweit diese bei der Genossenschaft erhältlich sind, dort entnehmen, mit Geldstrafen bis zu 10 Mk. pro Halbjahr und mit Gefängnis bis zu 10 Monaten für die Nichtbefolgung der schriftlichen Bestimmungen nicht bestraft werden können.

— Der Verband Schweizer Konsumvereine schloß mit der ersten Großschlächtereiverbandes einen Vertrag ab, auf Grund dessen der Verband sich an der Großschlächtereiverbandes beteiligt und dieser in der Hauptsache die Versorgung aller angeschlossenen Konsumvereine mit Fleischwaren, Konserven usw. übertragen wird.

— Von den 2100000 Mitgliedern deutscher Konsumgenossenschaften gehörten Anfang 1913 nicht weniger wie

1483811 in 1155 Vereinen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, der in engster Fühlung mit der modernen Arbeiterbewegung steht, an. Die Vereine des Zentralverbandes beschäftigten 1912 insgesamt 22794 Personen. Ihr Jahresumsatz betrug 433 Millionen, der Wert der Eigenproduktion 84 Millionen Mark.

— In Frankreich bestanden Ende 1912 3145 Konsumgenossenschaften, von denen 2980 einen Gesamtumsatz von 314 Millionen Frank berichten. 1064 dieser Genossenschaften geben Waren auch an Nichtmitglieder ab. Interessant ist, daß u. a. 34 von den 125 Konsumgenossenschaften der Eisenbahnen sich ausschließlich mit der Herstellung und dem Vertrieb von Backwaren befassen. Der „sozialistische Genossenschaftsbund“ zählte am 1. Januar 1913 465 Konsumgenossenschaften, 2 Produktivgenossenschaften und 1 Feuerversicherungsabteilung. Der Gesamtumsatz des Bundes, der 146000 Mitglieder zählt, betrug 63 Millionen Frank. Die von ihm 1906 begründete Großeinkaufsgenossenschaft setzte 10¹/₂ Millionen Frank um und erzielte einen Gewinn von 81000 Frank.

Streiks und Aussperrungen 1912 in Oesterreich. Nach dem offiziellen Bericht über die Streiks und Arbeitseinstellungen in Oesterreich zählte man im Jahre 1912 761 Streiks (1911: 706) mit 120953 (122001) Beteiligten in 2818 (3507) Betrieben. Im Durchschnitt haben 57 (64) pCt. der in den bestreikten Betrieben beschäftigten Arbeiter die Arbeit niedergelegt, so daß in dieser Beziehung eine Verschlechterung eingetreten ist. Die größte Zahl der Streiks entfällt auf das Baugewerbe mit 130, dann folgen die Industrie der Steine und Erden mit 86, Metallindustrie mit 83, Holzindustrie mit 77, Bekleidungsindustrie mit 72, Textilindustrie mit 71, Bergbau mit 67 und Maschinenindustrie mit 64 usw. Der längste Streik währte 274 Tage, doch betrug die Durchschnittsdauer nur 17 Tage. Bei 62 pCt. aller Streiks handelte es sich um Lohnforderungen. Aussperrungen waren 40 (22) zu verzeichnen mit 24295 (6375) beteiligten Arbeitern, von denen 23799 wieder eingestellt wurden. Wenn auch die Angriffsluft der Unternehmer bedeutend gewachsen ist, so deutet die letztere Zahl doch darauf hin, daß die Gewerkschaften auch in diesen Kämpfen sich wohl zu schützen vermochten.

Zur Unterhaltung

Bilder von der Eisbahn.

Hat der Winter Seen und Flüsse mit einer Eisddecke überzogen, dann sucht Jung und Alt die Schlittschuhe hervor, um mit dem Winde um die Wette über die harten, blanken Flächen zu saufen. Im Kampf mit der Glätte werden die in der ewigen Monotonie der Alltagsarbeit steif gewordenen Glieder wieder geschmeidig.

Auch die sozialen Gegensätze kann man auf der Eisbahn vorzüglich studieren. Nicht allein an dem Neusseren der Läufer, vielmehr noch an ihrem Betragen. Der dicke Mensch im warmen, wollenen Sweater, mit langen Schals, deren Enden beim schnellen Lauf hinter ihm her flattern, mit der Pudelmütze, die zugleich auch die Ohren mollig verhüllt, kennt gewiß nicht die Not des Lebens, wie jener andere, den nur ein dünner, vor Abgeschabtheit glänzender Ueberzieher vor der Kälte schützt. Während dieser still für sich dahinkläuft und durch hastige Eile sich warm zu halten sucht, kümmert sich der Dicke mehr um die jungen, hübschen Vertreterinnen des anderen Geschlechts als um seinen Weg. Mit der Sicherheit des Auftretens, die ein wohlgefülltes Portemonnaie verleiht, und all' der Frechheit, die mit ihr einhergeht, bietet er seine Begleitung wahllos allen alleinlaufenden Mädchen an; hat er Erfolg, so ist er mit seiner Gefährtin bald von der Bahn verschwunden. Ihn lockte nicht der Eisport, sondern nur die Möglichkeit eines tüchtigen Flirts.

Ein anderes Bild! Kaum hat man die Eisfläche betreten und will seine Stahlschuhe anlegen, so bieten auch schon einige junge und alte Männer in fadenscheinigen Kleidern ihre Hilfe an. Es sind meist Arbeitslose, die auf diese Weise einige Groschen verdienen wollen. Ihre Hände und Gesichter hat der Frost blau angehaucht und nur die Nasenspitzen leuchten vor Kälte wachsbleich. Eifrig schlagen sie die Hadden aneinander, um die kalten Füße zu erwärmen. Kaum vermögen ihre steifen, zitternden Hände den Schlittschuhschlüssel zu regieren, und es dauert eine gute Weile, ehe sie die Riemen an den Füßen befestigt haben. Und für den Sechser oder Groschen, den man ihnen für diese Mühewaltung gibt, danken

nie so oft und so freudig, daß man verlegen so schnell als möglich das Weite suchen möchte.

Leider gibt es genug Leute, die ihnen in ihrer eigenen behäbigen Sattheit selbst ein kleines Trinkgeld, das sie sich doch ehrlich verdienen, kaum gönnen. Neben mir saß ein elegant in Pelzmäntel und Mützen gekleidetes Ehepaar, das sich ebenfalls die eisbezwingenden stählernen Schienen anschaulich ließ. Es belohnte den Helfer — einen älteren, grauhaarigen Mann, dem die Not aus den Augen sah — mit einem ganzen Fünfpennigstück und bildete sich noch Wunder was auf diese fürstliche Gabe ein. Denn als der damit Beglückte nicht schnell genug dankte, flog ihm gleich die Frage an den Kopf: „Manu, langt denn das noch nicht?“

Folgendes Gespräch zweier Schlittschuhläufer konnte ich belauschen: „Du, Orje, det is doch scheener als den ganzen Tag in der stinkigen Bude sitzen, wa?“ — „Ja, det schon, aber ich möchte doch lieba arbeiten. Aber et sind auf'm Nachweis noch so velle vor mir!“ — Das kam sehr resigniert heraus. Aber der andere wollte dem Freund wohl Mut einflößen und meinte: „Ja, wat denkst de denn? Meenst de bei mir nich? Aber man muß sich doch eben so durchfressen!“

Ein Läuferpärchen im eleganten Sportdresß führte dagegen folgende Unterhaltung: „Ja, ich versichere Sie, meine Gnädigste, wenn ich diese frierenden Proletengestalten sehe — er zeigte bei diesen Worten auf einen vorbeilaufenden, sehr ärmlich gekleideten Menschen — „wirklich wenn ich so was sehe, dann krampft sich mir das Herz im Leibe zusammen. Aber schließlich, weshalb bleiben solche Leute denn nicht zu Hause? Müssen die denn Eis laufen? Wenn sie sich nicht warm anziehen können, sollen sie doch hier wegbleiben!“

„Sehr wahr, Herr Doktor“, flötete sie, „man müßte für sie eigentlich ein Stück vom See abgrenzen, damit sie nicht immer gerade dahinkommen, wo unsereiner läuft!“ —

Ein eigentümlich scharrendes Geräusch kündigt einen Begeschlitten an. Kräftige, jugendfrische Gestalten regieren das Steuer und die Segel. Ihre Augen blitzen und scharf lugt der Blick ins Weite. In rasender Eile fliegt ihr Gefährt an einem Schlittschuhläufer vorüber, der fast unter seine Rufen geraten wäre. Aus dem Schlitten tönt lautes Schimpfen: „Bande . . . überall im Weg . . . eigentlich müßte man die ganze Bahn pachten usw. . . . Ja, das möchten diese Leute allzugern; alle Eisflächen kraft ihres Geldbeutels für sich in Anspruch nehmen, damit sie keinerlei Rücksicht auf simple Schlittschuhläufer zu nehmen brauchen. Sie haben's ja dazu! — — (Vorwärts.)

■ ■ ■ Versammlungs-Berichte etc. ■ ■ ■

Coburg. Eine am Sonntag, den 18. Januar, in der „Neuen Welt“ stattgefundene Zahlstellenversammlung, welche sich eines weit besseren Besuches hätte erfreuen dürfen, war von allen Betrieben besucht. Es waren auch etliche Aufnahmen zu verzeichnen. Zu dem Vortragskursus des Genossen Reimes über: „Die Entwicklung des Wirtschaftslebens“, meldeten sich 6 Kollegen. Der Kursus ist gänzlich frei, da die Untkosten vom Gewerkschaftskartell getragen werden. Das vom Bäckerpaul in der Ameise Nr. 2, unter „Aus Mitgliedertreisen“, Eingefandte fand keine Zustimmung. Recht interessante Bilder ergaben die Berichte der Mitglieder aus den einzelnen Betrieben. Man hörte viele Klagen, deren Abhilfe aber nur durch eine fest geschlossene Organisation erreicht werden kann. Einer Mitteilung zufolge beliebt ein Unternehmer bei seinen Gießern bei einigen Artikeln dreierlei Preise zu führen — man sollte es nicht für möglich halten. Eine anregende Diskussion zeigte, daß unsere Kollegen bestrebt sein werden, recht tatkräftig für unseren Verband zu agitieren und Mitglieder zu werben und sich auch mehr als bisher an den Zahlstellenversammlungen zu beteiligen. Das Vertrauensmännersystem besteht nunmehr auch für unsere Zahlstelle, und eine Wahl der Vertrauensleute ging glatt vonstatten. Mit dem Wunsche des Vorsitzenden in nächster Versammlung eine größere Kollegenschaft begrüßen zu können, fand die Versammlung nach 3stündiger Dauer ihr Ende.

Eisenberg. Die am 22. Januar stattgefundene Zahlstellenversammlung war gut besucht. Der Vorsitzende verlas ein Schreiben von dem Genossen Emil Schönwälder, welcher um eine Sammlung bittet. Da unserer langjähriges Mitglied mehrere Jahre Invalide ist, und sich in einer sehr bedrängten Lage befindet, beschloß die Versammlung einen Aufruf in der „Ameise“ zu erlassen. Da zwei Genossinnen noch Straf-tarrenzzeit durchzumachen haben und sich während der Zeit nichts zu Schulden haben kommen lassen, wurde beantragt, die übrige Karenzzeit zu erlassen. Unter dem Kartellbericht wurde bekannt gegeben, daß die Zahlstelle zwei Mitglieder stellen soll in die Landarbeiterkommission, es meldeten sich drei Genossinnen freiwillig. Der vom Kassierer gegebene Quartalsabschluss weist folgende Endzahlen auf: Gesamteinnahmen 17884,50 Mk., Gesamtausgabe 17519,50 Mk., Bestand 315 Mk. 12 pCt.-Fonds: Einnahme 678,03 Mk., Ausgabe 510,96 Mk., Bestand 137,07 Mk. Mitgliederzahl beträgt 629 und zwar 444 weibliche, 185 männliche Mitglieder. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Der Genosse F. . . . gab bekannt, daß sich die Sache mit den Heimarbeiterinnen und der Ortskrankenkasse geregelt hätte, die

Heimarbeiterinnen seien in der Ortskrankenkasse aufgenommen worden. Der Fabrikant bezahle 2 pCt. vom Verdienst. Der Vorsitzende und Kassierer erläuterten den Sachverhalt, und zu welchem Zweck die Einführung eines Lokalfonds dienen soll. Nach längerer Aussprache erfolgte die Abstimmung. Abgegeben wurden 157 Stimmzettel, wovon 155 für die Einführung eines Lokalfonds mit Martenssystem stimmten. Zwei Stimmen waren dagegen. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, Sonnabend, den 28. Februar ein Tänzchen abzuhalten. Der Vorsitzende gab bekannt, daß nach 26 Wochen die mitstreitende Marta Gröbe, den Streitenden in den Rücken gefallen ist und die Arbeit bei der Firma Jäger aufgenommen hat, ebenfalls hat sich der Dreher Robert Bräunlich als Klausreißer gefunden, Genannter hat vor 20 Jahren bei F. A. Reineke den Arbeitswilligen gemacht, zu bewundern ist, daß die Frau vor dem Fabrikator Streitposten steht, ihr Mann und ihr Sohn gehen als Arbeitswillige in die Fabrik. Dann wurde noch bekannt gegeben, daß Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 3 Uhr eine außerordentliche Kartellstiftung stattfindet in der Genosse Silberschmidt von der Generalkommission anwesend ist, es sollen die Grenzstreitigkeiten geregelt werden, welche zwischen Fabrikarbeitern und Porzellanarbeitern in Eisenberg bestehen. Der Vorsitzende wünscht, daß in diesem Jahre, alle Versammlungen so zahlreich besucht werden wie die heutige Versammlung.

Mannheim. Obwohl auch hier sich bereits die Krise in merklicher Weise zeigt, war in der am 10. Januar stattgefundenen Zahlstellenversammlung doch nicht der gewünschte Besuch zu verzeichnen, der eigentlich demzufolge von Seiten der Mitglieder in ihrem eigensten Interesse zu erwarten wäre. Unter Geschäftlichem war von den Tonwerken Offstein in der Pfalz ein Schriftstück eingegangen, wonach auch diese dort über schlechte Verhältnisse klagten. Zu Weihnachten sei ihnen ein Geschenk von 4,50 Mk. überreicht worden. Gleichzeitig jedoch wurden die Löhne um 10 Proz. reduziert und den Arbeitern bemerkt, dazu noch vor der Hand beschränkt arbeiten zu müssen. So wurde bei 36stündiger Arbeitszeit pro Woche ein Verdienst von 12,14 Mk. erzielt. Besonders hätten die Arbeiter dort unter dem Betriebsleiter Becker zu leiden, der auch einen Kollegen entließ mit dem Bemerkten, Leute die nur organisieren wollen, könne er nicht brauchen. Von der Versammlung wurde dann noch bedauert, daß, obwohl schon ein Grundstein zur Organisation in Offstein da wäre, die dortigen Kollegen gegenüber diesen Verhältnissen in noch nicht genügender Anzahl den rechten Weg gefunden hätten. Ebenso wurde bei der Rheinischen Porzellanfabrik Mannheim-Käferthal geklagt, daß dort den Arbeitern, namentlich den Drehern nicht genügend für Arbeit gesorgt würde und diese demzufolge beschränkt arbeiten müssen. Gleichzeitig stellen sich auch bei dieser Gelegenheit wie gewöhnlich Nebenumstände ein, die nicht gerade für das gute Einvernehmen zwischen Firma und Arbeiter vom besten sind. Die Versammlung drückte sich dann noch dahin aus, daß es wohl Ehrenpflicht einer jeden Firma sei, für alle bei ihr beschäftigten Arbeiter nach bester Möglichkeit und im eigensten Interesse für volle Beschäftigung zu sorgen. Im andern Falle aber sollten auch gerade diejenigen Kollegen, die in der Fabrik am meisten schimpfen und heulen und dann der Versammlung fernbleiben, nicht meinen, daß sie damit ihre Pflicht und Schuldigkeit ihrer Familie, dann aber auch ihren Arbeitsbrüdern gegenüber getan hätten. Es wurde dann noch die Gleichgültigkeit einiger Kollegen gegenüber schlechten Preisen bei der Firma Bensinger gerügt.

Sterbetafel.

Sophienau. Paul Weigelt, M., geb. 22. März 1869 in Ober-Tannhausen, gest. 2. Januar in Sophienau, an Herzmuskelweiterung und Gallenstein. Krankheitsdauer 10 Wochen. — August Tschirner, Dr., geb. 18. März 1860 in Lehmwasser gest. 12. Januar daselbst, an Lungentuberkulose. Letzte Krankheitsdauer 35 Wochen.

Ehre ihrem Andenken!

■ ■ ■ Adressen-Henderungen ■ ■ ■

Reichmannsdorf. Rff. Ernst Wagner, M., Burg 86.

Olsatz. Wf. ist der Kassierer. — Kv. Alfred Straube, Brauhausgasse 6.

=== Versammlungs-Anzeigen ===

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Ahlen. Sonnabend, 31. Januar, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokal Sandgathe.

Huma. Sonnabend, 7. Februar, 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Genff.

Berlin. Montag, 2. Februar, 7 Uhr, Schildermaler. An der Stralauerbrücke 3. — Montag, 9. Februar, 7 Uhr, Figurenbrauere, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. — Montag, 9. Februar, 6 Uhr, Emaillierbrauere. An der Stralauerbrücke 3.

Charlottenburg. Sonnabend, 14. Februar, 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Volkshaus. Anfang pünktlich.

Flörsheim. Sonnabend, 7. Februar, 8 Uhr, in Hochheim, in der Krone.

Freiberg. Sonnabend, 7. Februar, 4 Uhr, in der Union.

Gelchwenda. Sonnabend, 7. Februar, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gasthaus zum Thüringer Wald.

Goldlauter. Montag, 9. Februar, im Schützenhof. Wichtige Tagesordnung.

Hernsdorf. Sonnabend, 7. Februar, 8 Uhr, in der Zentrallhalle. Vortrag über „Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen“.

Kahla. Sonnabend, 7. Februar, 8 1/2 Uhr im Rosengarten.
Magdeburg-N. Sonnabend, 31. Januar, bei Koppehl, Fabrikstr. Vortrag über „Streifzüge im bürgerlichen Recht“. Referent Arbeitersekretär Gen. Krüger.
Mannheim. Sonnabend, 14. Februar, b. Ww. Ringinger, S. 7. 24.
Neuhaldensleben. Sonntag, 8. Februar, 4 Uhr, i. Herzogs Festsälen
Nürnberg. Sonnabend, 14. Februar, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Neugasse. Wichtige Tagesordnung. Kartellbericht.
Ohrdruf. Montag, 2. Februar, 8 1/2 Uhr, im alten Schützenhof.
Oelde. Sonnabend, 7. Februar, bei Anton Linnenbrind.
Pankow. Sonntag, 15. Februar, vorm. 9 Uhr, bei Bohr, Kuglerstraße 148, gegenüber von 7.
Paffau. Sonnabend, 7. Februar, im schwarzen Bären, Theresienstr.
Rheinbach. Sonnabend, 7. Februar, 8 1/2 Uhr, bei Klee.
Staffel. Sonntag, 8. Februar, 2 Uhr, beim Weimar.
Suhl. Sonnabend, 14. Februar, 8 1/2 Uhr, in Domberts Ansicht.
Scheibe. Sonnabend, 31. Januar, punkt 8 1/2 Uhr, in Rühms Hotel.
Tiefenfurt. Sonnabend, 7. Februar, 8 Uhr, in der Brauerei.

Anzeigen

Althaldensleben. Sonnabend, den 14. Februar, abends 8 Uhr Zahlstellenversammlung bei Wilh. Peters. Zweiter Vortrag des Genossen Holzappel-Magdeburg über „Deutsche Literatur und Dichter.“ Wir ersuchen, daß zu diesen lehrreichen Vorträgen alle Mitglieder erscheinen und ihre Frauen mitbringen.
 Die Verwaltung.

Berlin. Die Kollegen wollen bitte den Beschluß der letzten Zahlstellenversammlung beachten, wonach, um den Ausgesteuerten eine weitere Unterstützung aus dem Lokalfonds zukommen zu lassen, monatlich ein Extrabeitrag von 50 Pfg. für die laufenden sechs Monate zu leisten ist. Ich bitte diesen Beitrag möglichst immer am Schluß des Monats mit zu entrichten.
 Karl Freiesleben, Kassierer.

Magdeburg-N. Den umliegenden Zahlstellen zur Kenntnis, daß unser Stiftungsfest, verbunden mit Vorträgen und Ball, am 14. Februar stattfindet. Die umliegenden Zahlstellen sind hierzu freundlichst eingeladen.
 Die Verwaltung.

Moschendorf. Wir können bis auf weiteres keine freiwillige Unterstützung gewähren.
 Die Verwaltung.

Neuhaldensleben. Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 4 Uhr findet in Herzogs-Festsälen, und abends 8 Uhr in Althaldensleben bei Peters eine Versammlung aller Stenografen und Arbeiterinnen statt. Tagesordnung: „Zweck und Nutzen der Organisation“. Referentin: Fahrenholz-Berlin. Alle in genannten Beruren beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bitten wir dringend, zur Wahrung ihrer Interessen, in den Versammlungen anwesend zu sein.
 Die Verwaltung.

Achtung! Kollegen, welche den Aufenthalt des Malers Franz Hegener wissen, werden gebeten, dieses der Zahlstelle Neuhaldensleben, umgehend mitzuteilen.

Schedewitz. Oberhohndorf.
 Die beiden Zahlstellen geben hiermit bekannt, daß dieselben verschmolzen worden sind in eine Zahlstelle **Zwickau**.
 Den Mitgliedern der Zahlstelle zur gef. Kenntnis, daß die nächste Versammlung am Sonnabend, 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in Meyers Gasthof, Oberhohndorf stattfindet.
 Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
 Die Verwaltung.

Agitationsbezirk Rheinland und Westfalen
 In die Agitationskommission ist gewählt: I. Vorsitzender W. Eisenbruch, Köln, Eigelstein 41, 2 Tr., II. Vorsitzender R. Lauser, Köln, Moselstr. 14. Schriftführer W. Uebel, Köln-Kalk, Dieffenstr. 48. Für die Kommission bestimmte Sendungen bitte an den Vorsitzenden gelangen zu lassen.

Bonn. Die Zahlstelle besucht am 1. Februar und 8. Februar das Museum im Poppelsdorfer Schloß von 11-12. Treffpunkt vor 11 Uhr vor dem Schloß.
 Die Verwaltung.

Reichütz Langenberg Untermhaus
 Die drei Zahlstellen geben hiermit bekannt, daß dieselben verschmolzen worden sind in eine Zahlstelle **Reichütz**.
 Kassierer Wilh. ... Untermhaus, Fabrikgasse 27.
 Die Verwaltung.

Arbeitsmarkt
 Offenen Beförderung nur bei Vertretung

Eüchtiger Porzellanmaier auf Militärartikeln, der auch Schreib- und Blatten zu stechen versteht.
 H. P. Kipper, Weg, Pariser Str. 24.
 Herstellung und Fabrikation von Militär-Reserve-Artikeln

2 Glasmaler, firm in Beherdetoren mit Buchstaben und Kolorieren von Ansichten, werden von sächsischen Glasmalerei für sofort gesucht. Angebote unter 512 an die „Ameise“ erbeten.

Junger Maler, flott und sicher in Schrift, Blumen, sichten, Silber und Figuren, sucht Stellung. Selbiger ist auch im Schmelzen und leichten Kontorarbeiten bewandert. Angebote unter 200 Orlamünde S.-A., postlagernd, erbeten.

Solider Porzellanmaier, 33 Jahre alt, verheiratet, Stellung auf Blumen, bell Detore, Gold- und Farbstempel, Aestanten. Derselbe ist gut bewandert in allen vorkommenden Arbeiten, auf Glas-, Email- und Holzmalerei. Angebote unter J. B. an die „Ameise“ erbeten.

Preis der 2gespaltenen Beitzelle 90 Pfennig	Geschäfts-Anzeigen	Vorauszahlung ist Bedingung
---	---------------------------	-----------------------------

Herr Kollege, warum schicken Sie Ihre Goldabfälle nicht mir? Machen Sie sofort einen Versuch. Alle, die bis jetzt einen Versuch machten, sind meine ständigen Kunden geworden.
 Mit kollegialem Gruß
H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sachsen.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldalche, und sonstige goldhaltige Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung
Martin Kaufmann, Zwickau i. S., Bahnhofstr. 14

Wo? verkauft man am vorteilhaftesten Goldabfälle?
 Nur beim Verbandskollegen
Karl Fränzel, Pottschappel b. Dresden, Weiheritzstr. 7.
 Schnellste Erledigung.

Goldabfälle jeder Art, Goldlappen, Goldwatten, Schmirgel, Rehr gold kauft höchstzahlend
E. Hecht, Berlin S. 14, Sebastianstraße 76.
 Telephon: Amt Moritzplatz Nr. 5279.
 Vom 16. März 1914 an: **Berlin N., Weinbergsweg 12, 1 C**

Goldschmiere, Goldabfälle
 goldhaltige Lappen, Asche, Watte, Stupfer, Pinsel, Rehr gold, leere Flaschen usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Feingold nach Goldkurs angekauft, also höchste Zahlung, bei sofortiger Kasse. Reellste Bedienung zugesichert. Großer Umsatz, daher höchste Preise. Viele neue Anerkennungen und Empfehlungen für reelle Bedienung. Nehme auch alten Goldschmuck in Zahlung.
M. Köhler, Dresden, Bettinerstr. 20. Scheide-Anstalt.

Werkstattschuhe, Sandalen, Pantoffeln
 usw. äußerst dauerhaft und zu billigsten Preisen, liefert
F. Kirbardt, Ilmenau i. Thüringen. Ausführliche Preisliste frei.

Alle Gold-, Silber- und Platinabfälle, wie Flaschen, Näpfe, Paletten, Schmiere, Lappen, Pinsel, Asche, sowie auch alle Goldabfälle vom Blattgold werden ausgeschmolzen, auf Feingehalt probiert und zu den üblichen Preisen angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.
H. Haupt, Dresden-A., Serrestrasse 4.
 Gold- und Silberscheideanstalt.

Alle Kollegen kaufen **Drellhosen, Jacken, Schürzen, Mützen** usw. am besten bei dem Kollegen
Eduard Koch, Königsee in Thüringen.
 Eigene Anfertigung. Reelle, prompte Bedienung

Goldschmiere, verdicktes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte.
Emil Böhme, Eisenberg S.-A. Ältestes Geschäft dieser Art.
 NB. Empfehle ff. Glanzgold. 10 Gr. 3,50 Mt.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenbg., Rosinenstr. 3.
 Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22.